

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 2 | 8. bis 21. Januar 2018

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Konsultation zu EU-Ausgaben für Verbraucherschutz

Nach einer Orientierungsdebatte in der EU-Kommission hat EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger am 10. Januar 2018 vor Journalisten in Brüssel die Zukunft der EU-Finzen nach dem Austritt von Großbritannien („Brexit“) skizziert. Sein Entwurf für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020, den Oettinger im Mai vorlegen will, solle einen jährlichen EU-Haushalt in Höhe von 1,1 bis 1,2 Prozent der europäischen Wirtschaftskraft vorsehen - nach bisher einem Prozent. Die durch den Brexit bedingte Einnahmelücke von geschätzten 12 bis 14 Milliarden Euro jährlich solle je zu einer Hälfte zur Kürzungen und zur anderen Hälfte durch neue Einnahmen ausgeglichen werden, schlug Oettinger vor.

Auf dem Prüfstand stehen auch die Ausgaben für die Verbraucherpolitik. Wie für die anderen Programme hat die EU-Kommission hierzu am 10. Januar 2018 eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Alle Interessierten können sich bis zum 8. März 2018 zu den bisherigen Programmen und zu etwaigen Verbesserungsmöglichkeiten äußern.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180110-eu-finanzen_de

https://ec.europa.eu/info/consultations/public-consultation-eu-funds-area-values-and-mobility_de

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

2. Konsultation zu regulatorischer Zusammenarbeit beim EU-Kanada-Handelsabkommen

Die EU-Kommission hat am 18. Januar 2018 auf ihrer Website eine Konsultation gestartet, wo Interessierte ihre Ideen zur regulatorischen Zusammenarbeit beim EU-Kanada-Handelsabkommen vorstellen können. Ausdrücklich angesprochen sind auch Verbraucherorganisationen. Die regulatorische Zusammenarbeit erfolgt in einem Forum in dem keine bindenden Vorgaben für die europäischen und kanadischen Behörden gemacht werden. Das Forum soll sich in Bereichen beiderseitigen Interesses abstimmen, um unnötige bürokratische Handelshemmnisse zu vermeiden und die Zusammenarbeit im Interesse des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes vereinfachen. Interessierte können bis zum 16. Februar 2018 ihre Vorschläge dazu einbringen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180119-kommission-konsultation-regulatorische-zusammenarbeit-eu-kanada_de

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1781>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Umweltminister wegen gravierender Luftverschmutzung nach Brüssel zitiert

EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hat die zuständigen Minister aus neun Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, am Dienstag, den 30. Januar 2018, nach Brüssel eingeladen. Gegen die neun Mitgliedstaaten, die Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Ungarn, Rumänien, die Slowakei und das Vereinigte Königreich, hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil sie die vereinbarten EU-Grenzwerte für die Luftverschmutzung nicht einhalten. Ihnen droht nun die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Das Treffen gibt den Mitgliedstaaten Gelegenheit, nachzuweisen, dass zusätzliche angemessene Schritte unternommen werden, um die gegenwärtige Situation unverzüglich zu beheben.

In Deutschland wird in 28 Regionen anhaltend gegen die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) verstoßen. Dazu gehören Berlin, München, Hamburg, Köln, Hagen, Münster, Wuppertal sowie die Ballungsräume Mannheim/Heidelberg, Kassel und Rhein-Main.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180119-luft_de

https://ec.europa.eu/germany/news/luftverschmutzung-durch-stickstoffdioxid-kommission-droht-deutschland-mit-klage_de

2. EU-Parlament für ehrgeizige Ziele für eine sauberere und effizientere Energienutzung

Das EU-Parlament legte am 17. Januar 2018 seinen Standpunkt zu den Gesetzesvorschlägen der EU-Kommission zur Energieeffizienz, zu erneuerbaren Energien und zum Governance-System der Energieunion fest. Damit ist der Weg frei für Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat. Dieser hat bereits am 26. Juni 2017 seine Allgemeine Ausrichtung zur Energieeffizienz, und am 18. Dezember 2017 zum Thema erneuerbare Energien und zum Governance-System der Energieunion festgelegt.

Das EU-Parlament sprach sich für verbindliche EU-weite Zielvorgaben aus, die eine Verbesserung der Energieeffizienz um 35 Prozent, einen Mindestanteil von 35 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch und einen Anteil von 12 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor bis 2030 vorsehen. Der Anteil von sogenannten Biokraftstoffen der ersten Generation (aus Nahrungs- oder Futtermittelpflanzen) sollte auf die Werte von 2017 bzw. auf maximal 7 Prozent im Straßen- und Schienenverkehr begrenzt werden. Die Abgeordneten fordern auch ein Verbot der Verwendung von Palmöl ab 2021.

Das EU-Parlament will sicherstellen, dass Verbraucher berechtigt sind, ihre selbst erzeugte und auf ihrem Grund und Boden verbleibende Elektrizität zu verbrauchen und Stromspeicheranlagen zu installieren, ohne Abgaben, Gebühren oder Steuern unterworfen zu sein.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180112IPR91629/ehrgeizige-ziele-fur-eine-sauberere-und-effizientere-energienutzung>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0009+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0010+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0011+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Vorschläge zur Verringerung von Plastikmüll

Wie mit Plastik in der EU künftig umgegangen werden soll, hat die EU-Kommission am 16. Januar 2017 in einer ersten europäischen Strategie dargelegt. „Wenn wir nicht die Art und Weise ändern, wie wir Kunststoffe herstellen und verwenden, wird 2050 in unseren Ozeanen mehr Plastik schwimmen als Fische“, sagte der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans. „Die einzige langfristige Lösung besteht darin, Kunststoffabfälle zu reduzieren, indem wir sie verstärkt recyceln und wiederverwenden.“

Nach den neuen Plänen sollen ab 2030 alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt recyclingfähig sein; der Verbrauch von Einwegkunststoffen wird reduziert und die absichtliche Verwendung von Mikroplastik beschränkt. Die Kommission wird die Arbeiten zur Überarbeitung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle einleiten sowie Leitlinien für die getrennte Sammlung und Sortierung von Abfällen, die 2019 herausgegeben werden sollen, ausarbeiten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180116-plastikstrategie_de

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Fortschritte beim Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Seit dem 3. Januar 2018 gelten die Vorschriften der neuen Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente („MiFID II“). Diese soll für mehr Markttransparenz sorgen und sicherstellen, dass der Wertpapierhandel nur auf regulierten Plattformen stattfindet. Der Verbraucherschutz wird durch detaillierte Informationspflichten zu den Anlageprodukten, den anfallenden Kosten und deren Auswirkungen auf die Rendite gestärkt. Hersteller von Anlageprodukten müssen sicherstellen, dass die Finanzinstrumente den Bedürfnissen der Endkunden im Zielmarkt entsprechen. Das bisherige Beratungsprotokoll wird durch eine Geeignetheitserklärung ersetzt, in der insbesondere die Gründe für die getätigte Anlageempfehlung vor dem Hintergrund der Wünsche, der Risikobereitschaft und der Anlageerfahrung des Verbrauchers festgehalten werden. Telefonische Beratungsgespräche müssen aufgezeichnet und archiviert werden.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014L0065&from=DE>

2. Stärkung der Verbraucherrechte bei Zahlungsdiensten

Seit dem 13. Januar 2018 gilt die überarbeitete Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2) der Europäischen Union. Hierdurch sollen insbesondere elektronische Zahlungen für die europäischen Verbraucher günstiger, einfacher und sicherer werden. „Mit dem Inkrafttreten der PSD2 werden Aufschläge bei Zahlungen mit Verbraucherdebit- und -kreditkarten abgeschafft. Dies könnte zu Einsparungen von rund 550 Millionen Euro pro Jahr für die Verbraucher in der EU führen.“ Dazu kommt eine reduzierte Haftung für nicht autorisierte Zahlungen und die Einführung eines bedingungslosen Erstattungsrechts („ohne Fragen“) für Lastschriften in Euro. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie vom 17. Juli 2017 sind die europarechtlichen Vorgaben in deutsches Recht umgesetzt worden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180112-elektronische-zahlungen-guenstiger-einfacher-und-sicherer_de

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32015L2366&from=EN>

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Verordnungen/2017-07-21-G-z-Umsetzung-d-Zweiten-Zahlungsdienstrichtlinie.html

3. Erste Aussprache in EU-Parlament über europaweites privates Altersvorsorgeprodukt

Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EU-Parlaments fand am 11. Januar 2018 eine Aussprache über den Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zu einem europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukt (pan-European personal pension product, PEPP) statt. Grundlage der Diskussion war ein Arbeitspapier der Berichterstatterin, der niederländischen Liberalen Sophia In't Veld. Die Berichterstatterin betonte, dass ein Gleichgewicht zwischen der Sicherung des Einkommens für die ältere Bevölkerung einerseits und der Tragfähigkeit der Finanzierung andererseits gefunden werden müsse.

Ein Knackpunkt sei vor allem die steuerliche Behandlung dieser Altersvorsorgeprodukte. Die Europäische Union habe hierfür keine Zuständigkeit. Es sei daher Sache der Mitgliedstaaten die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Vertreter der EU-Kommission wies darauf hin, dass die EU-Kommission den Mitgliedstaaten eine Empfehlung vorgelegt habe, PEPP mit ähnlichen nationalen Produkten gleichzustellen. Dies werde auch im EU-Ministerrat diskutiert.

Klärungsbedürftig seien auch die Anlageoptionen, die Verbrauchern zur Verfügung stehen, sowie die Arten der Anbieter. Ein großes Problem sei die Zusammenführung von Ansprüchen aus einzelnen EU-Mitgliedstaaten („Portabilität“). Der Vorschlag der EU-Kommission zur Übertragbarkeit von Ansprüchen ist nach Auffassung der Berichterstatterin nur schwer umsetzbar. Die Berichterstatterin wird Ende Februar 2018 ihren endgültigen Bericht vorlegen. Die Abstimmung im Ausschuss findet voraussichtlich Anfang Juni 2018 statt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=COMPARL&reference=PE-615.263&format=PDF&language=EN&secondRef=01>

4. Europäische Marktaufsichtsbehörde prüft Maßnahmen gegen spekulative Finanzprodukte für Verbraucher

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) berichtete am 15. Dezember 2017 in einer Stellungnahme, dass sie derzeit Maßnahmen zur Regulierung des Vertriebs bestimmter spekulativer Finanzprodukte erwägt. Betroffen sind finanzielle Differenzkontrakte (Contracts for Difference – CFDs) und

binäre Optionen. Bei binären Optionen komme ein Verbot von Vermarktung, Vertrieb und Verkauf in Frage. Bei finanziellen Differenzkontrakten seien verschiedene Vorgaben denkbar: eine Hebelbeschränkung, eine automatische Verlustbegrenzung, ein Nachschusspflichtverbot, Vermarktungsbeschränkungen und eine standardisierte Risikowarnung. Die ESMA will dazu im Januar 2018 eine kurze Konsultation durchführen.

Bei binären Optionen können nur zwei Szenarien eintreten: Tritt ein zuvor definiertes Ereignis ein, erhält der Käufer einen festgelegten Betrag, andernfalls verfällt die Option. Als Basiswerte kommen – wie bei klassischen Optionsscheinen auch – Indizes, Aktien, Währungspaare oder auch Rohstoffe in Frage. Es kann auf fallende oder steigende Kurse spekuliert werden.

Mit CFDs können Verbraucher auf die Entwicklung eines Basiswerts spekulieren. Das kann zum Beispiel der Kurs einer Währung sein. Dabei wird die Differenz zum Ausgangskurs regelmäßig mit der Anlagesumme verrechnet. Üblicherweise beinhalten CFDs den Einsatz von Fremdkapital (Kreditaufnahme bzw. „Hebel“), sodass auch kleinere Schwankungen zu hohen Verlusten führen können. Diese Verluste können durch den Hebel höher ausfallen, als das eingesetzte Kapital. In solchen Fällen besteht häufig eine Nachschusspflicht für Verbraucher. Sie müssen also für die Verluste Geld nachschießen.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) fordert eine Vertriebsbeschränkung für alle Produkte mit Nachschusspflichten. „Ein Verbot von Nachschusspflichten bei CFD ist richtig. Differenzkontrakte sind hochspekulative Produkte, bei denen Verbraucher im Fall von Nachschusspflichten ihr gesamtes Vermögen verlieren können“, sagt Dorothea Mohn, Leiterin Team Finanzmarkt beim vzbv.

https://www.esma.europa.eu/sites/default/files/library/esma71-99-910_pi_statement_december_2017.pdf

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/bafin-intervention-bei-finanziellen-differenzkontrakten-wichtiges-signal-die>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Programme zur Information der Verbraucher über Agrarerzeugnisse

Die EU-Kommission hat am 12. Januar 2018 Programme zur Förderung des Absatzes europäischer Agrarerzeugnisse ausgeschrieben. Zur Kofinanzierung der Programme stehen insgesamt 169 Millionen Euro zur Verfügung. Zwei Drittel der verfügbaren Mittel sind für die Förderung des Absatzes von EU-Lebensmittelerzeugnissen in Nicht-EU-Ländern vorgesehen. Bei Programmen innerhalb der EU sollte der Schwerpunkt darauf liegen, die Verbraucher über die verschiedenen EU-Qualitätsregelungen und über Logos für geografische Angaben

und Bio-Erzeugnisse zu informieren. Spezielle Unterstützung erhalten Programme zur Förderung einer nachhaltigen Schaf- und Ziegenhaltung. Weitere Mittel sind für Kampagnen zur Förderung einer gesunden Ernährung und zur Steigerung des Konsums von Obst und Gemüse vorgesehen.

Vorschläge müssen bis zum 12. April 2018 eingereicht werden. Die Exekutivagentur der EU für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel, CHAFEA, stellt eine Reihe von Tools zur Verfügung, um die Antragsteller bei der Einreichung ihrer Vorschläge zu unterstützen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-101_de.htm

2. Zulassung von Kunststoffen als Lebensmittelkontaktmaterialien

Im EU-Amtsblatt vom 19. Januar 2018 ist die geänderte Verordnung der EU-Kommission über „Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen“, erschienen. Durch die Änderung werden weitere Kunststoffe zugelassen.

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2018.014.01.0031.01.DEU&toc=OJ:L:2018:014:TOC

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Europäischer Verhaltenskodex für die Bekämpfung von Hetze im Internet

Der europäische Verhaltenskodex für die Bekämpfung von Hetze im Internet hat sich als wirkungsvolles Instrument erwiesen, um schnell und effizient illegale Online-Inhalte zu bekämpfen. Das zeigt die dritte Bewertung des Verhaltenskodexes, den die EU-Kommission am 19. Januar 2018 vorgestellt hat. Die Informationstechnikkonzerne entfernten im Schnitt 70 Prozent der ihnen gemeldeten hetzerischen Inhalte aus dem Netz. Über 80 Prozent der Meldungen würden von allen teilnehmenden Unternehmen binnen 24 Stunden geprüft. Instagram und Google+ haben am 19. Januar 2018 angekündigt, den Verhaltenskodex ebenfalls zu übernehmen. Im Mai 2016 hatten sich Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft mit einem Verhaltenskodex dazu verpflichtet, die Verbreitung illegaler Online-Inhalte in Europa zu bekämpfen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180119-online_de

http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=612086

2. Erleichterung des Zugangs sehbehinderter Menschen zu veröffentlichten Werken

Das EU-Parlament stimmte am 18. Januar 2018 dem Vertrag von Marrakesch (Marokko) zur Erleichterung des Zugangs blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen zu veröffentlichten Werken zu. Der Vertrag von Marrakesch der am 27. Juni 2013 verabschiedet wurde, ist Teil der internationalen Urheberrechtsverträge, die von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) verwaltet werden. Mit dem Vertrag soll der Zugang von Personen mit Sehbehinderungen oder sonstigen Lesebehinderungen zu Werken in zugänglichen Formaten erleichtert werden, wobei die Rechteinhaber gleichzeitig geschützt werden sollen. Zu diesem Zweck werden die Ausnahmen in Bezug auf das internationale Urheberrecht in dem Vertrag harmonisiert und wird der grenzüberschreitende Austausch von Kopien veröffentlichter Werke in einem barrierefreien Format ermöglicht.

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat die interinstitutionellen Verhandlungen über das Rechtsetzungspaket zur Umsetzung des Vertrags von Marrakesch in EU-Recht erfolgreich abgeschlossen. Das EU-Parlament und der EU-Ministerrat unterzeichneten die Richtlinie und die Verordnung am 13. September 2017.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0016+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

Mehr Wettbewerb bei Abwicklung von Kartenzahlungen

Um den Wettbewerb auf dem Zahlungskartenmarkt weiter zu stärken, hat die Europäische Kommission am 18. Januar 2018 neue Vorschriften erlassen, die gewährleisten, dass Kartenzahlungssysteme und abwickelnde Stellen voneinander unabhängig sind. So können Einzelhändler zum Vorteil ihrer Kunden Abwicklungsstellen wählen, die für die bei ihnen vorgenommenen Kartenzahlungen am besten geeignet sind. Dies dürfte weitere Ersparnisse für die Verbraucher bringen, nachdem mit der seit dem 13. Januar 2018 geltenden neuen Zahlungsdiensterichtlinie bereits die Aufschläge bei Zahlungen mit Verbraucherdebit- und -kreditkarten abgeschafft wurden. Die Verordnung tritt am 7. Februar 2018 in Kraft.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-342_de.htm

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2018.013.01.0001.01.DEU&toc=OJ:L:2018:013:TOC

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum – Urheberrecht“ (22. Januar 2018)

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.

Sonderausschuss Landwirtschaft (22. Januar 2018)

Mitteilung der Kommission „Die Zukunft des Nahrungsmittelsektors und der Landwirtschaft“ (Vorbereitung der Aussprache des Rates).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (24. Januar 2018)

Europäischer elektronischer Kommunikationskodex.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (25. Januar 2018)

Aufsicht über Wertpapierinstitute.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (26. Januar 2018)

Reform der Bankenaufsicht.

Rat Landwirtschaft und Fischerei (29. Januar 2018)

Aussprache über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020; Marktlage in den wichtigsten Agrarsektoren, vor allem in Bezug auf Zucker, Milch und Schweinefleisch; internationale Agrarhandelsfragen.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (30. Januar 2018)

Reform der europäischen Finanzaufsichtsbehörden.

Ratsarbeitsgruppe „Versicherungen“ (31. Januar 2018)

Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (1. Februar 2018)

Reform der Bankenaufsicht.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (22./23. Januar 2018)

Berichterstattung über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen: Grenzüberschreitende Paketzustelldienste, Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte. Abstimmung über die Einigung zu Genehmigung

und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern; Aussprache zum Binnenmarktpaket für Waren; Freier Fluss nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (Aussprache mit den Vertretern der Kommission); Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Aussprache).

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (22./23. Januar 2018)

Grenzüberschreitende Paketzustelldienste (Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung); Manipulation des Kilometerzählers in Kraftfahrzeugen: Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (22./23. Januar 2018)

Europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“; Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU.

Fischereiausschuss (24./25. Januar 2018)

Sachstand der Freizeitfischerei in der Europäischen Union.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (24./25. Januar 2018)

Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme)

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (24./25. Januar 2018)

Geltungsbeginn der Umsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten zur Versicherungsvertriebsrichtlinie; Aussprache zu den Vorschlägen für die Änderung des Europäischen Finanzaufsichtssystems; Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (24./25. Januar 2018)

Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 (Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung); Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung); Impfskepsis und Rückgang der Durchimpfungsraten in Europa; Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen (Annahme des Entwurfs eines Berichts); Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme); Aussprache mit Kommissarin

Elżbieta Bieńkowska über Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zum Dieselskandal.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (22./23. Januar 2018)

Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie; Aussprache mit Kommissarin Mariya Gabriel im Rahmen des strukturierten Dialogs und Vorstellung des Rechtsakts zur Cybersicherheit.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (24. Januar 2018)

Leitlinien der Kommission zur Datenschutz-Grundverordnung.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (31. Januar 2018)

Mögliche Themen: Legislativvorschlag zur Bewertung von Gesundheitstechnologie; Revision der Trinkwasserrichtlinie.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Beratende Kommission für den industriellen Wandel (23. Januar 2018)

Annahme der Initiativstellungnahme „Industrieller Wandel im Gesundheitswesen“.

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (24. Januar 2018)

Stellungnahmen zu: „Paket öffentliche Auftragsvergabe“, „CO2-Emissionen – PKW und Nutzfahrzeuge“ und „Illegale Inhalte / Online-Plattformen“.

Fachgruppe Außenbeziehungen (26. Januar 2018)

Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in den Freihandelsabkommen der EU (Initiativstellungnahme).

Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (29. Januar 2018)

Stellungnahme zum Thema „Europäisches Finanzaufsichtssystem (ESFS) – Reformen“.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen (22. Januar 2018)

Debatte über die Zukunft der Gesundheitssysteme, unter Teilnahme von Vytenis Andriukaitis, Kommissionsmitglied, zuständig für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit; Präsentation und Debatte zum Thema „Jahr des Tourismus EU-China 2018“; Präsentation und Debatte zum Thema „European Travel Pass“ mit Ausführungen von Françoise Guaspere, leitende Beraterin der Region Île-de-France in Brüssel und Projektleiterin für die Initiative „European Travel Pass“; NECSTouR (Netzwerk der europäischen Regionen für einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Tourismus).

Plenum (01./02. Februar 2018)

Europa in Bewegung: Förderung nahtloser Mobilitätslösungen; Halbzeitüberprüfung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt - Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt für alle.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-179/16 (23. Januar 2018)

Wettbewerbswidrige Absprachen betreffend zwei Medikamente.

Urteil in der Rechtssache C-498/16 (25. Januar 2018)

Gerichtliche Zuständigkeit für Sammelklage gegen Facebook.

Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C-195/17, C-292/17, sowie 23 weiteren Rechtssachen (25. Januar 2018)

Fluggastentschädigung bei hohem Krankenstand/wildem Streik?]

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T-69/17 (24. Januar 2018)

Markenstreit um Fack Ju Göhte.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)